

18. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Dr. Hugh Bronson (AfD)

vom 24. März 2021 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 24. März 2021)

zum Thema:

Bedrohungen und Anschläge durch linksextreme gewaltbereite Autonome

und **Antwort** vom 06. April 2021 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 06. Apr. 2021)

Senatsverwaltung für Inneres und Sport

Herrn Abgeordneten Dr. Hugh Bronson (AfD)
über
den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

Antwort
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 18/27108
vom 24. März 2021
über Bedrohungen und Anschläge durch linksextreme gewaltbereite Autonome

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung/Hintergrund

In der BZ vom 20. März 2021 wurde darüber berichtet, dass am 19. März 2021 Unbekannte in Berlin-Mitte mehrere Autos angezündet haben. Insgesamt wurden 15 Autos zerstört. Es soll nach Informationen der BZ bereits am Mittwoch auf einer linksextremen Internetplattform ein Drohschreiben aufgetaucht sein. Darin soll es heißen: „Wir kündigen an, im Falle von weiteren Räumungen durch den Berliner Senat Chaos in der Stadt zu verbreiten.“ Am Donnerstag, den 25.03.2021 soll u.a. die Kneipe „Meuterei“ an der Reichenberger Straße zwangsgeräumt werden. Laut Informationen der BZ sollen die linksextremen Autonome massiv gedroht haben: „Vielleicht fliegen Steine auf Luxusneubauten in Neukölln oder Friedrichshain, vielleicht fällt diesmal nicht die Ringbahn aus, sondern der Flughafen Schönefeld, vielleicht brennen Luxuskarren nicht nur in Steglitz und Buch, sondern auch in Köpenick und am Wannsee.“ Es soll derzeit nicht der Staatsschutz ermitteln, sondern ein Brandkommissariat des Landeskriminalamtes¹.

Die Aufklärungsrate zahlreicher, mutmaßlich durch Linksextremisten verübte Brandanschläge auf Autos ist in Berlin äußerst gering. So soll es in den vergangenen sechs Jahren 125 dieser Anschläge gegeben haben, ermittelt wurde aber nur ein Verdächtiger aus der linksradikalen Szene zu einem Anschlag auf ein Auto in Neukölln. Das geht aus Angaben der Polizei und Antworten des Senats auf die parlamentarische Anfrage des Abgeordneten Dr. Robbin Juhnke (CDU) vom 15. Januar 2021 (Drs. 18/26149) hervor².

1. Aus welchen Gründen ermittelt der Staatsschutz derzeit nicht wegen der am 15.03.2021 begangenen Straftaten in Berlin-Mitte?

Zu 1.:

Es wird davon ausgegangen, dass der 19. März 2021 gemeint ist. Die Brandstiftungen am 19. März 2021 in der Schlegelstraße in Berlin-Mitte an mindestens vier Kraftfahrzeugen, durch die noch 15 weitere Kraftfahrzeuge kollateral beschädigt

Quellenangaben des Fragestellers

¹ <https://www.bz-berlin.de/berlin/mitte/autobraende-in-mitte-wegen-angekündigter-raeumung-kiez-kneipe-meuterei>

² pardok.parlament-berlin.de

wurden, sind durch den Polizeilichen Staatsschutz im Landeskriminalamt Berlin geprüft worden. Im Ergebnis liegen keine konkretisierenden Anhaltspunkte auf eine politische Tatmotivation vor. Daher werden die Ermittlungen in einem Brandkommissariat des Landeskriminalamts Berlin geführt. Der Polizeiliche Staatsschutz steht weiterhin mit dem Brandkommissariat zur fortlaufenden Prüfung der Motivationslage in Kontakt.

2. Sind den zuständigen Ermittlern die Aussagen auf der im Artikel der BZ vom 20.03.2021 genannten linksextremen Internetplattform bekannt?

Zu 2.:

Ja.

3. Wie bewertet der Senat die Tatsache, dass die Aufklärungsrate zahlreicher, mutmaßlich durch Linksextremisten verübte Brandanschläge auf Autos in Berlin äußerst gering ist?

Zu 3.:

Die große Anzahl von potentiellen Zielen sowie möglichen Tatorten und die Vielzahl der möglichen Begründungszusammenhänge erschweren die Arbeit der Polizei Berlin in diesem Deliktsfeld. Die Art der Tatbegehung bei der Brandstiftung an Kraftfahrzeugen erfordert weder eine umfangreiche Vorbereitung noch eine Ausspähung. Die Taten werden zumeist im Schutz der Dunkelheit auf menschenleeren Straßen unauffällig „im Vorbeigehen“ begangen. Wenn die Tat entdeckt wird, haben sich die Tatbegehenden oft schon vom Tatort entfernt. In den wenigsten Fällen gibt es Zeuginnen und Zeugen oder verwertbare Sachspuren und in der Regel gibt es keine Vorbeziehungen zwischen Tatbegehenden und Geschädigten. Insofern fehlen regelmäßig zielführende Ermittlungsansätze.

4. Welche Maßnahmen gedenkt der Senat zu ergreifen, um die Aufklärungsrate zahlreicher, mutmaßlich durch Linksextremisten verübte Brandanschläge auf Autos in Berlin zu verbessern?

Zu 4.:

Die Polizei Berlin trifft unter Ausschöpfung der rechtlichen Möglichkeiten alle geeigneten und erforderlichen Maßnahmen zur Prävention, Informationsgewinnung und Aufklärung von Straftaten und passt ihre Maßnahmen erforderlichenfalls neuen Erkenntnissen an.

Berlin, den 06. April 2021

In Vertretung

Torsten Akmann
Senatsverwaltung für Inneres und Sport